

Pressemitteilung

Landesfrauenrat Hamburg e.V.
Hamburg, 10.03.2022
Nr. 2



Landesfrauenrat Hamburg e.V.
Grindelallee 43 (Sauerberghof)
20146 Hamburg
T: 040 4226070
F: 040 4226080
info@landesfrauenrat-hamburg.de

„Ein jahrelanger Kampf für Information zum Schwangerschaftsabbruch ist zu Ende.“

Abschaffung von §219a StGB

Das Bundeskabinett hat die Abschaffung von §219a beschlossen. Der Paragraph verbot „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ (StGB): Wer „Erklärungen solchen Inhalts bekannt [gab]“, dem drohten bisher Geld- und Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren. In der Praxis hat der Paragraph dazu geführt, dass Schwangere keinen Zugang zu wichtigen Informationen erhielten und in ihrer Notsituation allein gelassen worden sind. Ärzt*innen, die Informationen bereitgestellt haben, mussten mit Verfolgung und Verurteilung rechnen. Dadurch hat sich die Anzahl der Gynäkolog*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, deutlich verringert.

Die Streichung von §219a haben SPD, Grüne und FDP im Koalitionsvertrag beschlossen und nun auf den Weg gebracht.

Dazu **Dr. Christina Maria Huber**, Vorstand Landesfrauenrat: „Der Begriff Werbeverbot war immer zynisch und untragbar. Es geht um Zugang zu Informationen über einen medizinischen Eingriff. Das steht allen Betroffenen zu und ist längst überfällig.“

Eva Burgdorf, Vorstand Landesfrauenrat und Hammonia-Preisträgerin begrüßt das Ende des langen Kampfes für Zugänglichkeit und Information zum Schwangerschaftsabbruch. Sie ergänzt: „Einer frauenverachtenden und als selbsternannten Lebensretter tätigen Gruppe ist das Handwerk gelegt!“

Hintergrund:

Die Abschaffung des §219a StGB, den Zugang zu Informationen für Schwangere zu erleichtern und zu legalisieren war Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2021 und eine grundlegende Forderung des LFR Hamburg. Der LFR hat wiederholt Solidarität mit Ärzt*innen wie Kristina Hänel bekundet, die Beschwerde gegen ihre Verurteilungen ans Bundesverfassungsgericht gebracht hat. Freie Familienplanung und reproduktive Selbstbestimmung sind Menschenrechte und Persönlichkeitsrechte von Schwangeren.

Pressekontakt:

Landesfrauenrat Hamburg e.V.
Sarah Dröge
E-Mail: dialog@landesfrauenrat-hamburg.de